

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rhedener Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.). 2. Anholter-Iselburger Zeitung.

Nr. 167

Samstag, den 20. Juni

1925

Die Verhandlungen über die Zollvorlage.

Noch keine Einigung zwischen Reichsregierung und Regierungsparteien.

Annahme der Zollvorlage im Reichsrat.

Berlin, 19. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Nachdem die Zollvorlage im Reichsrat angenommen worden ist, haben der Reichstanzler und der Reichsernährungsminister Graf Rautenbach heute nachmittag die Verhandlungen über sie mit den Vertretern der Regierungsparteien wieder aufgenommen. Diese weiteren Verhandlungen haben eine Einigung zwischen den Parteien und der Reichsregierung nicht ergeben. Sowohl bei der Deutschen Volkspartei, als auch beim Zentrum und auch bei der Wirtschaftspartei werden zum größten Teile starke Bedenken gegen die Agrarzölle geltend gemacht. Auch gegen die Höhe der Zölle bestehen bei einzelnen Fraktionen Bedenken. Die Sozialdemokraten und der größte Teil der Demokraten sind überhaupt gegen die Zollvorlage in ihrer jetzigen Form. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß die Lage bezüglich der Zollvorlage nach wie vor außerordentlich bedenklich beurteilt wird, und daß beinahe in diesen Kreisen vielfach der Auffassung, daß es bei den bestehenden Schwierigkeiten nicht gelingen wird, die Verabschiedung der Zollvorlage, wie die Regierung es wünscht, noch vor der Sommerpause des Reichstages zu erledigen. Die Verträge der Reichsregierung, zu einer Verständigung mit den Parteien und zu einem Ausgleich innerhalb derselben zu kommen, bewegen sich in der Richtung, daß in die Zollvorlage das System geltender Zölle hineingearbeitet werden soll. Die Verhandlungen innerhalb der Parteien zu einer Verständigung zu kommen, werden fortgesetzt.

Berlin, 19. Juni. Der Reichsrat erledigte gestern zunächst den Gesetzentwurf betreffend eine zweite Veränderung der Personalabgabenordnung. Durch den Gesetzentwurf werden die für Beamte und Angestellte bestehenden Abgaben in mündigen sowie die Pensionen für Pensionäre vollständig beseitigt. Hierauf beschloß sich der Reichsrat mit der Zollvorlage. Die preussische Regierung stellte die bereits bekannten Abänderungsvorschläge für die Zölle. Der Vertreter der badischen Regierung erklärte, daß Baden an sich grundsätzlich gegen die Wiedereinführung der Getreidezölle sei. Die Mindestzölle der Vorlage gingen über das Maß des Gebotenen hinaus. In der Abstimmung wurde Nr. 1 des preussischen Antrages mit 38 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die preussischen Provinzvertreter stimmten dabei gegen das Staatsministerium. Nr. 2 des preussischen Antrages (Beseitigung der Mindestzölle) wurde ebenfalls mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt; hier stimmten die preussischen Provinzvertreter auch wieder gegen das Staatsministerium. Abgelehnt wurde mit 33 gegen 32 auch die Nr. 3 des preussischen Antrages, die nach Ablehnung der beiden ersten Nummern wie folgt gefaßt war:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Getreidezölle bis zur Höhe der jeweiligen Mindestzölle des § 3 zu ermäßigen und im Bedarfsfalle bis zur Höhe der autonomen Sätze wie der herabzusetzen.

In der Gesamtabstimmung wurde die Zollvorlage nach den Beschlüssen der Ausschüsse mit 49 gegen 10 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen. Dafür stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, Niederschlesien, Brandenburg, der Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, Hessen-Nassau und der Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Mecklenburg; dagegen stimmten der Vertreter der Stadt Berlin und die Länder Baden, Hamburg, Bremen, Lübeck, Lippe und Schaumburg-Lippe. Sachsen enthielt sich der Stimme.

Dr. Schacht über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen.

Berlin, 19. Juni. (Tel.) Im Aufwertungsausschuß des Reichstages äußerte sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu dem Gesetzentwurf über die Aufwertung öffentlicher Anleihen. Dr. Schacht wies darauf hin, daß jede Aufwertung für die deutsche Wirtschaft eine ungeheure Belastung bedeute. Nach seiner Ansicht wäre es der richtige Weg gewesen, wenn man die durch die Inflation Verarmten durch soziale Hilfsmassnahmen unterstützt hätte. Es sei ganz abwegig, bei solchen außergewöhnlichen Ereignissen wie Erdbeben, Weltkrieg, Inflation und ähnlichen unvorhergesehenen Unglücken von Treu und Glauben zu sprechen. Das Reich habe selbstverständlich die Pflicht, solchen durch unvorhergesehene Unglücke geschädigten Mitgliedern zu helfen, aber durch soziale Hilfe. Die Inflationsgeschädigten sind ebenso vom Unglück des Vaterlandes getroffen wie diejenigen im Kriege, denen ihre Ernährer weggeschossen wurden und denen ihre Häuser in Brand gesteckt wurden oder die ihr ganzes Hab und Gut im Stich lassen mußten, wie die Kolonialdeutschen und die Verdrängten und Vertriebenen. Bei Ausarbeitung der dritten Steuernotverordnung wollte man mit der Einführung eines Moratoriums nicht den Goldwert der öffentlichen Anleihen anerkennen. Gerade im Gegenteil wollte man einen Strich unter die alten Schulden des Reiches machen. Der Vorwand, daß Deutschland

unter die Vergangenheit einen Strich machen werde, bedeutet keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Kreditfähigkeit des Deutschen Reiches. Was die praktische Frage einer neuen Kreditaufnahme der öffentlichen Anleihen im Inlande betreffe, so sei zu bedenken, daß die Kapitalnot in Deutschland noch auf sehr lange Zeit hinaus eine solche Kreditaufnahme unmöglich mache. Vom Standpunkt des inländischen Geldgebers aus sei es allerdings zu beanstanden, daß zwischen privatrechtlichen Forderungen und Forderungen aus öffentlichen Anleihen in der Aufwertung unterschieden werde. Damit wolle der Reichsbankpräsident aber nicht sagen, daß etwa die Anleihen auch so hoch aufgewertet werden sollen, wie die privatrechtlichen Forderungen, sondern er hielt es für richtig, die Aufwertung der privatrechtlichen Forderungen entsprechend zurückzuführen. Er mache schon darauf aufmerksam, daß seines Erachtens die privatrechtliche Aufwertung über das deutsche Wirtschaftsleben eine sehr schwere Belastung herbeiführen

werde, daß dasselbe Gremium, das jetzt die Höhe der Aufwertung beschließen wolle, sich würde versammeln müssen, um den Fehler so gut wie möglich wieder auszugleichen. Zu praktischen Fragen übergehend, kam der Reichsbankpräsident dazu, bei den neu auszugebenden Anleihen den Grundsatz des Alt- und Neubestandes festzuhalten, damit der Spekulation nicht Tür und Tor geöffnet werde. Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubestand hält der Reichsbankpräsident zwar für technisch sehr schwierig, aber nicht für durchführbar.

Abg. Dr. Best legte einen Gesetzentwurf vor, der eine Aufwertung der Markanleihen verlangt, dem Reich aber ein Moratorium zugesichert wird. Da die Regierungsparteien für die Kompromissvorschläge eintraten, wurde der Best'sche Gesetzentwurf gegen die Stimme des Antragstellers der Stimmhaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Echo der französischen Sicherheitsnote.

Wenig Aussicht auf baldige Verständigung.

Berlin, 19. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Eine baldige Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage der französischen Sicherheitsnote in der Sicherheitsfrage ist (wie wir bereits gestern gemeldet haben) nicht zu erwarten. Die französische Antwort enthält eine solche Fülle von Problemen, daß eine lange und eingehende Prüfung notwendig erscheint. Man erwartet in Regierungskreisen auch nicht, daß in der allernächsten Zeit auch schon die Verhandlungen über den Sicherheitspakt beginnen werden. Als nächste Aufgabe für die Reichsregierung wird in parlamentarischen Kreisen die Klärung der Situation für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angesehen. Es ist festzustellen, daß eigentlich in allen Fraktionen die zurückhaltende Stellungnahme der Reichsregierung in der Völkerbundsfrage gebilligt wird und daß auch gerade in Anbetracht der französischen Antwort eine Überstürzung nicht angebracht erscheint. In parlamentarischen Kreisen wird auch mehrfach darauf hingewiesen, daß man zu einer endgültigen Stellungnahme zur französischen Antwortnote zunächst einmal abwarten müsse, wie die Alliierten sich zur Räumung der Kölner Zone verhalten. Mit dieser Frage aber steht im Zusammenhang bekanntlich die Forderung der Entente bezüglich der Entlassung Deutschlands. In der Entwaffnungsnote ist, wie bekannt, ausdrücklich zugesagt, daß die Kölner Zone geräumt werden soll, sobald Deutschland die Forderungen der Entwaffnungsnote erfüllt. Da hierüber aber zur Zeit verhandelt wird, so ist schon aus diesem Grunde ein baldiger Beginn der Verhandlungen über die Sicherheitsfrage kaum zu erwarten. Allgemein wird in allen Fraktionen die Verquickung des Sicherheitspaktes mit den Schiedsgerichtsverträgen über die Ostgrenze als außerordentlich gefährdend angesehen.

Berlin, 19. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die französische Antwort auf den deutschen Sicherheitsvorschlag war im Laufe des heutigen Nachmittags Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Reichstanzler Dr. Luther und den Führern der Regierungsparteien. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Reichstagsfraktionen noch keine abschließende Stellung haben nehmen können. Unverkennbar aber ist jetzt schon, daß bei den Deutschnationalen wegen der Antwortnote eine stark nervöse Stimmung vorherrscht, während bei der Deutschen Volkspartei die Stimmung weniger pessimistisch ist. Diese Stimmungen innerhalb der beiden Reichsparteien finden ihren Niederschlag in der Stellungnahme, die die Berliner Parteipresse zu der französischen Antwort genommen hat. Während die völksparteiliche Presse, darunter die „Tägliche Rundschau“, die französische Note unter dem Gesichtswinkel des Schutzes der Westgrenze und der Sicherheit der Reichseinheit ansieht, nimmt die deutschnationale Presse mehr oder minder unvorhersehbar gegen die französische Antwortnote Stellung. Die „Schlesische Volkszeitung“ und „Tag“ spricht davon, daß eine Zustimmung zu der französischen Note bedeuten würde, daß Deutschland Frankreich als seinen Kontrollkommissar in allen internationalen Angelegenheiten anerkenne. Daraus könne keine Rede sein. Noch schärfer ist die Ablehnung der „Deutschen Tageszeitung“, die u. a. schreibt: „Der Geist der französischen Antwortnote ist der Geist von Versailles, ist der Geist, der zum Ruin Frankreichs, zur Räumung von Köln und zur jüngsten Antwort geführt hat. Mit diesem Geiste kann es für uns kein freiwilliges Paktieren geben.“ Die „Börse“ nennt die Antwortnote eine „Schmierentombola“ und erklärt, daß deutsche Volk würde sich selbst entehren, wenn es auf diesen Paktswinkel eingehen wolle. Nach Meinung der „Deutschen Zeitung“ ist der deutsche Sicherheitsvorschlag durch die französische Antwort endgültig ins Wasser gefallen. Die französische Antwort sei „der Kampf gegen den Frieden Europas“. Trotz dieser kritischen Stellungnahme wagt es die deutschnationale Presse allerdings doch nicht, eine

klipp und klare Ablehnung auszusprechen, ihre Einstellung läßt nur erkennen, daß man auf deutschnationaler Seite geneigt ist, die demnächst beginnenden Verhandlungen so zu erschweren, daß sie zu einem Ergebnisse nicht führen können. Aber auch in der „Täglichen Rundschau“ kommt eine sehr kritische Stimmung zum Ausdruck. Der „Vorwärts“ hat allerdings an der Note ausgesprochen und verlangt für die verhandelnden Parteien volle Gleichberechtigung. Außerdem bringt der „Vorwärts“ zum Ausdruck, daß er Zweifel hegt, ob die Regierung Luther-Stresemann zu der „jetzt erforderlichen Aktivität im Interesse des Weltfriedens die nötige Kraft“ werde aufbringen können. Im übrigen aber ist der „Vorwärts“ mit der „Täglichen Rundschau“, dem „Berliner Tageblatt“ und anderen demokratischen Blättern der Auffassung, daß eine sachliche Prüfung und nüchterne Abwägung der in der französischen Antwort gemachten Vorschläge und Einwände vorzunehmen sei.

Die Londoner Presse hat sich nach den hier vorliegenden Meldungen zum großen Teile mit der Wiedergabe von Auszügen aus dem französischen Bausch und dem Inhalte der französischen Note begnügt. Durcheinander sehen die Londoner Blätter, soweit sie kritisch zu der französischen Antwort Stellung nehmen, in der Note einen Beweis dafür, daß alle Staaten einen Krieg vermeiden wollen. In der französischen Antwort wird der persönliche Ton — weil sie zu kommenden Verhandlungen die Tür nicht verschließt — begrüßt, und es wird betont, daß alles weitere von der deutschen Antwort abhängt. Eine Ausnahme macht der „Daily Express“, der erklärt, die französische Note beweise einen vollkommenen Triumph der französischen Diplomatie. Unter dem Vorwande des Friedenspaktes solle England zur Teilnahme an europäischen Kriegen verpflichtet werden. Der vorgeschlagene Pakt sei zweifelhaft. Auch im „Daily Telegraph“ kommt eine scharfe Kritik zum Ausdruck, die sich in ähnlicher Richtung bewegt, wie die des „Daily Express“.

Die Franzosen stellen die Dinge natürlich entgegengesetzt dar und behaupten durchweg, daß Frankreich in den meisten Punkten nachgegeben habe. Im übrigen wird in der Pariser Presse hervorgehoben, daß die Verhandlungen nicht zu Ende seien, sondern erst anfangen.

Stimmungsumschwung in England?

London, 19. Juni. (Drahtb.) Reuter verbreitet folgende Mitteilung: In unterrichteten Kreisen besteht gar keine Neigung, sich zu den Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu äußern, da das Bausch für sich selbst spräche; jedoch kommt die Auffassung zum Ausdruck, Großbritannien werde tatsächlich keine neuen Verpflichtungen übernehmen, sondern nur seine bisherigen genauer umschreiben. Es wird darauf hingewiesen, daß England als Mitglied des Völkerbundes selbstverständlich durch dessen Satzung gebunden ist, und es wird als etwas auffällig bezeichnet, daß in gewissen Kreisen, in denen das Genfer Protokoll bisher bejubelt wurde, dasselbe nun bekämpft wird, dessen letzte Ziele sich auf zwei Staaten bezogen, während das Genfer Protokoll alle Staaten umfaßte. England stellt kein Eingreifen in einen Krieg in Aussicht, an dem seine Interessen nicht beteiligt sind. Aber es glaubt seine Stellung klar zu umschreiben und die Mächte, zwischen denen kriegerische Verwicklungen möglich sind, durch Unterzeichnung eines mit verstärkten Garantien versehenen Paktes vereinigen zu sollen, um einen Krieg zu verhindern, in dem es jedenfalls ohne Vorhandensein einer Garantie verwickelt werden könnte.

London, 19. Juni. (Tel.) In maßgebenden Kreisen ist man wegen der Politik sehr optimistisch, da der Eindruck vorherrscht, daß die Regierung die öffentliche Meinung für sich gewinnen werde. Man verkennt nicht, daß die Vorkämpfer und die Politik der englischen Regierung sehr viel Angriffsflächen bieten, aber man hält dafür, daß es bei den gegenwärtigen Zuständen der europäischen Politik weniger auf die Einzelheiten als auf das Ganze ankommt. Die Rede des deutschen Reichstanzlers hat hier einen ausgesprochenen Eindruck gemacht. In England begrüßt man jedes Symptom ehrlichen deutschen Willens zur Verständigung mit Freude.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung der Beratung des Etats des Innenministeriums.

Berlin, 18. Juni. (Tel.)

Das Haus führt fort in der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern, bei dem noch die Artikel:

Reichskommissar für die öffentliche Ordnung,
Polizei und Technische Nothilfe

zu debattieren sind. Mit dieser Beratung wird verbunden ein Antrag Müller-Franken (Soz.), der sich mit dem bayerischen Ausnahmezustand

beschäftigt. Abg. Vogel (Soz.) wendet sich scharf gegen den bayerischen Ausnahmezustand, der in überaus parteiischer Weise gehandhabt werde.

Abg. Dr. von Dröner (Dn.) betont, man müsse fordern, daß die Reichsgewalt Einfluß auf die Handhabung der Polizeigewalt in den Ländern hat, schon um die erforderliche Einheitlichkeit in diesen bewegten Zeiten herzustellen. Daher solle der Etat einen Reichszuschuß von 190 Millionen für die Polizeiausgaben der Länder vor.

Abg. Eichhorn (Komm.) fordert u. a.: Entaffung der Schutzpolizei, Aufhebung der Kaserne und Beseitigung des Schutzpolizeigesetzes.

Abg. Berndt (Dn.) erklärte unter lebhaften Zurufen, daß die Ausführungen des kommunistischen Sprechers der Entente für ihre Entwertungsforderungen neue Anhaltspunkte gegeben hätten. Eine Beseitigung der Technischen Nothilfe könne nicht in Frage kommen, weil die Nothilfe keine Streikbrechergarde sei, als die sie oft bezeichnet werde. Sie solle aber keine Dauerinstitution sein und verschwinden, wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden seien. Ein allmählicher Abbau könne aber nur so früher vorgenommen werden, je früher die Reichsgerichtsbarkeit im Einvernehmen mit den Gewerkschaften ausgebaut werde.

Staatssekretär Zweigert dankt dem Vorredner für seine warmen Worte für die Technische Nothilfe und bittet, die im Haushaltsausschuß vorgenommene Streichung eines Teiles der Mittel nicht zu genehmigen. Zu dem sozialdemokratischen Antrag wegen des bayerischen Ausnahmezustandes erklärt der Redner, daß die Regierung noch nicht in der Lage gewesen sei, sich deswegen mit der bayerischen Regierung in Verbindung zu setzen. Die Regierung behalte sich deshalb ihre Stellungnahme zu dem Antrag noch vor. Dann wendet sich der Staatssekretär gegen die gegen das Reichskommissariat erhobenen Vorwürfe. Das Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung sei für das Reichsinnenministerium vollkommen unentbehrlich. Es habe die Aufgabe, das Reich und die Länder über die politischen Verhältnisse im Reich und über die politischen Einflüsse von außen her so rechtzeitig zu informieren, daß bei Gefahr einer Staatsumwälzung Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Die für dieses Kommissariat im Etat eingelegte Summe von 217 000 Mark sei eine außerordentlich geringe Versicherungssumme. Man sollte doch erwägen, diesen Betrag zu erhöhen.

Abg. Janda (Komm.) nennt die Technische Nothilfe eine Organisation von Verbrechern an dem arbeitenden Volk. (Witzsprüche) Rieher rügt den Ausdruck Verbrecher.)

Abg. Groß (Zentr.) bringt der Gruppe im allgemeinen und der württembergischen in besonderen den Dank seiner Fraktion für ihre Leistungen dar. Die Länderhoheit in Fragen der Polizei dürfe nicht geschmälert werden. Eine größere Zentralisation der Polizei müsse vermieden werden.

Nach 6.30 Uhr verläßt das Haus die Wetterberatung auf Freitag, 2½ Uhr nachmittags.

Berlin, 19. Juni. (Tel.)

Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung teilte Präsident Loebe mit, daß er im Namen des Reichstages und des deutschen Volkes dem kühnen Nordpolfahrer und Naturforscher Munde, dessen Heldentum in den unbekannten Zonen der Erde wir alle bewundern, herzliche Glückwünsche zu seiner gelungenen Rückkehr und der seiner Gefährten telegraphisch ausgesprochen habe. (Beifall)

Die Jollitarivortlage ist jetzt auch beim Reichstage eingegangen.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird beim Innenministerium fortgesetzt. Verbunden mit der Beratung werden Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokraten über die Notlage der oberösterreichischen Verdrängten. Ebenfalls zur Beratung gestellt wird der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. Drewitz (Dn.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Freunde, die für die Polizei, die Technische Nothilfe und das Reichskommissariat geforderten Mittel zu bewilligen. Er hält eine Entpolitisierung der Polizei für selbstverständlich und bemängelt die vielen Fahrenneigenheiten, die jetzt sowohl vom Stahlhelm wie vom Reichsbanner veranstaltet werden.

Abg. Dr. Cremer (D. Bp.) betont die Notwendigkeit der Beibehaltung des Reichskommissariats für die öffentliche Ordnung. Auf die Technische Nothilfe kann noch nicht verzichtet werden. Der Redner lehnt die Staatsstriche und den parlamentarischen Beirat ab.

Staatssekretär Zweigert hält es für einen der schönsten Erfolge eines Führers der Technischen Nothilfe, wenn es ihm gelingt, auf die streikenden Arbeiter so einzuwirken, daß sie die Notstandsarbeiten selbst vornehmen. Die Nothilfe sucht daher bei Streiks stets Fühlung mit den Gewerkschaften, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn die Zeit gekommen sei, würde die Regierung von selbst den Abbau vornehmen.

Nach weiterer Debatte werden die Ausgaben für die Polizei bewilligt. Die Abstimmung über die Technische Nothilfe wird ausgesetzt. Der Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Haus behandelt dann Interpellationen und Anträge, die die oberösterreichische Flüchtlingsfürsorge betreffen.

Abg. Miska (Ztr.) weist darauf hin, daß sich in das deutsch-österreichische Grenzgebiet, insbesondere die Grenzstädte, ein Strom von Flüchtlingen und Verdrängten ergossen habe. Wohnungselend und Arbeitslosigkeit haben dort erschreckende Formen angenommen. Die gesetzlichen Bestimmungen und die bisherigen Maßnahmen seien unzureichend, doch sei es eine nie verjährende Pflicht des deutschen Volkes, hier helfend einzugreifen, da die gebrauchten Opfer für das gesamte Reich gebracht worden sind. Der Redner fordert die Regierung auf, die traurigen Verhältnisse schleunigst abzustellen. Er gebietet dankbar der Lehrer und ihrer Werbestellen für den deutschen Vaterland. Neben der materiellen Not bestünde aber auch die kulturelle Not. An diesen unhaltbaren Verhältnissen sei die Entente schuld mit ihrer unbilligen Teilung Österreichs. Deutschland habe die Pflicht, Österreich zu helfen. Das Ziel aller Arbeit müsse sein, die Wiedervereinigung Österreichs fest mit dem Reich. (Beifall)

Abg. Stelling-Doppelt (Soz.) fordert ebenfalls schleunigste Hilfe für Österreich. Die Wohnungsnot sei grenzenlos. Zimmer mit 10 Bewohnern seien nichts seltenes. Für die Flüchtlinge müßten in kurzer Zeit 7 bis 8000 Wohnungen geschaffen werden. In 9 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern fehlten 80 000 Wohnungen.

Staatssekretär Zweigert weist darauf hin, daß die Flüchtlingsfürsorge den Ländern obliegt. Reichsregierung und preussische Regierung sind sich ihrer Pflicht durchaus bewußt. Das Reich hat Mittel bereitgestellt, wovon im Jahre 1923 1850 Wohnungen für 6000 Flüchtlinge geschaffen worden sind. Weitere

Die Gefährdung des Kabinetts Painlevé.

Die sozialistische Opposition.

Die Kammer gegen die sofortige Marokkoefforderung.

W. Paris, 19. Juni. (Tel.) Gestern Abend haben sich die Vorstände der dem Kartell der Linken angehörenden Fraktionen zu einer Sitzung vereinigt, in der die Sozialisten erklärten, daß sie bei dem gegenwärtigen Stande der Politik einstimmig entschlossen seien, die Unterstützungspolitik zu beenden und sich ihre Handlungsfreiheit vorzubehalten. Es handele sich für sie nicht darum, das Kartell der Linken zu brechen, denn sie seien bereit, mit einem Ministerium zusammen zu arbeiten, das streng die Politik des 11. Mai fortsetze, aber sie wollten die Politik des Ministeriums Painlevé aus zwei Gründen nicht mehr mitmachen, nämlich wegen der Finanzpolitik und wegen der Marokkopolitik. Die Vertreter der anderen Gruppen des Kartells erwiderten, daß die Sozialisten eine äußerst schwere Verantwortung auf sich nehmen. Irgend ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Eine endgültige Entscheidung ist erst in zwei Tagen zu erwarten.

tu Paris, 19. Juni. (Tel.) Der radikal-sozialistische Abgeordnete Berliet sollte im Einverständnis mit der Regierung heute nachmittag in der Kammer eine Anfrage über Marokko einbringen, die Painlevé Gelegenheit zu einer längeren Erklärung geben sollte. Im letzten Augenblick wurde aber nach einem Schritt der Vertreter des Linkskartells die Interpellationsdebatte auf Dienstag verlagert. Bis dahin dürften sich die Sozialisten über ihre Stellungnahme schlüssig geworden sein.

Wohnungen, ausschließlich für Flüchtlinge, sind im Bau, und Baracken sind zur Verfügung gestellt. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit die Wohnungsnot behoben werden kann.

Abg. von Lindeiner (Dn.) bittet, über dem Westen nicht zu vergessen, daß auch Oberschlesien eine Grenzmark ist. Es ist namentlich den kleinen Bauern zu verdanken, daß ein Teil Oberschlesiens beim Reich geblieben ist. Die Ursache aller Not ist die unaufrichtige Grenzschiedung.

Abg. Schmidt-Hirshberg (D. Bp.) findet es als selbstverständlich, daß Oberschlesien nicht als Stiefkind behandelt werden dürfe. Die Oberschlesier hingen mit heißer Liebe an ihrem Heimatlande. Es gebe auch viele Polen, die deutschfreundlich seien. Es müsse endlich schnell geholfen werden.

Abg. Janda (Komm.) betont das Recht der Oberschlesier auf Hilfe durch das Reich.

Abg. Lemmer (Dn.) bittet die Regierung, beim Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen nicht nur privatwirtschaftliche, sondern auch nationalpolitische Forderungen zu stellen. Das Verlangen der Siedlungspolitik der Agrarfraktion habe zur Verschärfung der Lage in Oberschlesien beigetragen.

Abg. Rube (Dn.) wirft dem Völkerverbund vor, er habe an Oberschlesien seine größte Dämlichkeit und Geheimtheit begangen. Der Fürst Plek und der Graf von Oppersdorf seien dem Deutschland in türkischer Weise in den Rücken gefallen.

Abg. Frau Anzorge (Soz.) schildert das Wohnungselend im Kreise Waldenburg. Damit sind die Interpellationen erledigt. Das Haus verläßt sich auf Sonnabend, 1 Uhr nachmittags.

Die Anwendung der Untersuchungshaft

tu Berlin, 19. Juni. (Tel.) Der preussische Justizminister veröffentlicht eine allgemeine Verfügung über die Anwendung der Untersuchungshaft, in der es u. a. heißt: Bei der Prüfung, ob der Beschäftigte des Sachbetrugs zu beantragen ist, muß sich die Staatsanwaltschaft vor jeder Entscheidung in die Verhältnisse des Beschäftigten und die Gesamtheit der Umstände des einzelnen Falles vertiefen. Was insbesondere die Frage anlangt, ob ein Antrag rechtfertigender Flucht vorliegt, so kommen neben der Schwere der Tat und der Höhe der zu erwartenden Strafe in Betracht die Ausflüchte, die das Unternehmen der Flucht dem Beschäftigten im Hinblick auf seine bisherige Lebensweise bietet, nach Lage des Falles auch das Verhalten in dem bereits abgeschlossenen Verfahren. Dabei ist zu erwägen, ob ein bestehender Fluchtverdacht ohne Verhängung der Untersuchungshaft durch andere Maßnahmen beseitigt werden kann. Bei allen zu Haftfragen zu stellenden Anträgen hat sich die Staatsanwaltschaft vor Augen zu halten, daß die Untersuchungshaft niemals Selbstzweck sein, sondern nur dem Zwecke der Sicherung einer unbehinderten Durchführung des Strafverfahrens dienen soll, und daß sich ihre Anwendung daher in den durch diesen Zweck gebotenen Grenzen zu halten hat. Die gleichen grundsätzlichen Gesichtspunkte wie für die Beantragung der Untersuchungshaft sind auch für die Frage ihrer Aufrechterhaltung maßgebend.

Die Jahrtausendfeier in Köln.

W. Köln, 19. Juni. (Tel.) Die Stadt Köln beging heute die Tausendjahrfeier der Rheinlande durch einen offiziellen Festakt in der großen Halle im Rheinpark. Unter den Gästen befanden sich der preussische Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Frentzen, die preussischen Minister Dr. Schreiber, Dr. Weder, Steiger, Hirtfelder und Dr. Höpfer-Wischhof. Die Festrede hielt Studienrat Meier vom Schiller-Gymnasium in Köln-Ehrenfeld. Seine Rede gipfelte in den Worten: Wir dürfen es wagen, diese tausendjährige Geschichte aufzuweisen und sie als die unsere zu bezeichnen. Wir dürfen es wagen, diese tausendjährige Vergangenheit als ein Erbe und Vermächtnis zu betrachten, das unserer Treue übergeben und für unsere Kinder und Enkel bestimmt ist. Musikalische Darbietungen umrahmten die Feier.

Weitere Abbaumaßnahmen bei Krupp.

W. Essen, 19. Juni. (Draht.) Wie uns von der Firma Krupp mitgeteilt wird, plant diese, nachdem sie sich bereits vor einiger Zeit gezwungen gesehen hat, zwei Maschinenwerkstätten, den Tender- und Signaturbau, wegen Unrentabilität stillzulegen, weiter zwei kleine Bau- und eine der vier Feldbahnwerkstätten zu schließen. Die allgemeine Abwärtsentwicklung der Verkaufspreise, sowie die auf die Lohnverhöhungen im Bergewerbe sich stützenden Forderungen der Metallarbeiter dürften zur Beschleunigung dieser weiteren Abbaumaßnahmen beigetragen haben.

Polnische Regressivmaßnahmen.

W. Warschau, 19. Juni. (Tel.) Im Anschluß an den Bericht des am Donnerstag hier eingetroffenen Vorstehenden der polnischen Delegation auf den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, beschloß der Ministerrat eine Reihe von Verordnungen, die die Einfuhr einer Anzahl deutscher Waren nach Polen verbietet. Die Maßnahmen werden am 1. Juli in Kraft treten, doch ist infolge des deutschen Verbots der Einfuhr polnischer Rohle ein entsprechender Ausgleich der polnischen Handelsbilanz geschaffen werden mußte. Darüber hinaus werden

Der kommunistische Doriot brachte in der Kammer, als bekannt wurde, daß die Interpellation verlagert worden sei, seinerseits eine Anfrage über die Maßnahmen ein, die die französische Regierung zur Eröffnung von Verhandlungen mit Abd el Krim zu ergreifen gedenkt, der laut einem Londoner Telegramm durch Vermittelung der englischen und der italienischen Regierung Frankreich Gegenanträge unterbreitet habe. Der Abgeordnete bestand darauf, die Aussprache sofort zu eröffnen. Die Kammer lehnte den Antrag mit 525 gegen 32 Stimmen ab. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Der heutige Ministerrat beschäftigte sich fast ausschließlich mit der antimilitaristischen Propaganda der Kommunisten. Die Regierung hat beschlossen, gegen die Urheber des kommunistischen Feindbundes mit allen Mitteln vorzugehen. Sie habe, wie die Abendblätter melden, schriftliche Beweise dafür, daß die kommunistische Partei einen ausgedehnten Briefwechsel mit Abd el Krim unterhalte und ihre Mitglieder, besonders Doriot, täglich mit dem Marokkoführer korrespondierten. Die Briefe der Partei forderten die Kisseute auf, im Widerstand zu verharrten, da die Mehrheit des französischen Volkes gegen eine Fortsetzung der militärischen Operationen sei. Man spricht davon, daß gegen Doriot ein Strafverfahren eingeleitet und ihm die Immunität entzogen werden soll.

Die spanisch-französische Marokko-Konferenz

W. Madrid, 19. Juni. (Tel.) Die spanisch-französische Sachverständigenkonferenz für Marokkofragen hat gestern vormittag gelagert. Die Beratungen waren geheim und der Presse wurden keine Mitteilungen gemacht.

Maßnahmen zur Erleichterung der polnischen Kohlenausfuhr in andere Länder und zur Stärkung des polnischen Exports überhaupt vorbereitet.

Die Lage in China.

Die schlimmste Zeit der Unruhen vorüber?

W. Shanghai, 19. Juni. (Draht.) Das Verkehrsministerium ordnete an, daß von den Gehäusen der Post- und Eisenbahnbeamten monatlich ein Abzug vom Gehalt zur Unterstützung der Streikbewegung vorgenommen werden soll. Viele ausländische Einwohner von Shanghai sind wegen der Drohungen der Streikenden an Bord der Kanonenboote geflüchtet. Die schlimmste Zeit der Unruhen scheint jedoch vorüber zu sein.

tu Hongkong, 19. Juni. (Tel.) Die britischen Freiwilligen sind von der Möglichkeit einer baldigen Mobilisation im Falle drohender Ereignisse veranlaßt worden. Ein englischer Dampfer, der zwischen Hongkong und Macao läuft, wurde von Chinesen angegriffen.

Abbruch der Verhandlungen in Shanghai.

tu London, 19. Juni. (Tel.) Die Lage in China hat neuerdings eine Verschärfung erfahren. Die Konferenz in Shanghai zwischen den Vertretern des diplomatischen Korps und der chinesischen Regierung ist abgebrochen worden. Die Vertreter der diplomatischen Korps sind gestern nach Peking zurückgekehrt. Andererseits ist zwischen den Studenten und Arbeiterorganisationen und der chinesischen Handelskammer eine Spannung eingetreten. Bei einer Demonstration in Shanghai ergingen sich die Demonstranten in Verwundungen gegen die Handelskammer und England. Aus Chungking, wohin gestern der englische Konsul geflohen ist, liegen heute keinerlei positive Nachrichten vor.

Erklärungen Chamberlains zu den chinesischen Wirren.

tu London, 19. Juni. (Tel.) Gestern fanden im Unterhaus die Beratungen über die chinesischen Wirren statt. Die Erklärungen Chamberlains gingen darauf hinaus, daß England zusammen mit den anderen interessierten Mächten das Leben und Eigentum der englischen Untertanen schützen und die chinesische Regierung für alle Schäden und Verletzungen an Leben und Eigentum verantwortlich machen würde. Er empfahl eine Kommission zur Untersuchung der ganzen Angelegenheit einzusetzen.

Generallstreik in Kanton.

W. Kanton, 19. Juni. (Tel.) Eine chinesische Massenversammlung beschloß gestern Abend den Generallstreik und sprach sich für den Boykott britischer, japanischer und amerikanischer Waren aus. Das Datum des Streikbeginns ist noch unbekannt. Es wird erwartet, daß der Streik am 20. oder 22. Juni ausbricht. Man befürchtet, daß es im Zusammenhang damit zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen kommt. Die Behörden in den europäischen Vierteln treffen Maßnahmen, um diesen vorzubeugen.

Die letzten Meldungen.

Erhöhung des Ehrensolbes für die Veteranen von 1864-71. W. Berlin, 19. Juni. (Tel.) In der Vormittagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde bei der Beratung der kleineren Kapitel im Etat des Reichsfinanzministeriums ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Monatsgeälter für die hilsbedürftigen Veteranen von 1864-71 von 12,50 Mark auf 30 Mark erhöht werden.

In Kürze neuer Nordpolfahrt Amundsen?

W. Oslo, 19. Juni. (Draht.) In allen wissenschaftlichen Kreisen und in der Presse Norwegens wird nach der Rückkehr Amundsens die Frage erörtert, ob er sich mit den Ergebnissen seines abenteuerlichen Nordpolfuges zufrieden geben wird oder ob er den Versuch eines neuen Vorstoßes in die Arktis zu wagen gedenkt. Dem norwegischen Volk ist zur Zeit von solchen kühnen Amundsen noch nichts bekannt. Es wird in sonst gut unterrichteten Kreisen behauptet, daß Amundsen bereits Pläne gefaßt habe für einen neuen Versuch, zum Pol vorzudringen. Ja, man will sogar wissen, daß er diesen Vorstoß in aller Kürze zu unternehmen gedenkt.

Markt- und Frankenschuhnotierungen.

h. New York, 19. Juni. (Funkpr.) Schlussskurs der Markt 23,80; 100 Franken gleich 4,81 1/2 Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 19. Juni. (Funkpr.) Juli 25,65-62; Okt. 25,62-47; Dez. 25,15-09; Jan. 25,15-08; März 25,06-24,96; Mai 25,25-14.

h. Liverpool, 19. Juni. (Draht.) Umsatz 4000, Import 10 500, für den Export 2000. Schlusssnotierungen: loco 12,62; Juli 12,62; Aug. 12,84; Sept. 12,74; Okt. 12,55; Nov. 12,36; Dez. 12,34; Jan. 12,32; Febr. 12,33; März 12,35; April 12,35; Mai 12,36.

h. New York, 19. Juni. (Funkpr.) Tendenz ruhig. Schlusssnotierungen: loco 24,15; Juli 23,33-39; Aug. 23,30-30; Sept. 23,23-23; Okt. 23,14-15; Nov. 23,33-35; Dez. 23,82-83; Jan. 23,09-09; Febr.-März 23,82-83. Zufuhren: Atlantik 2000, Inland 1000, Golf - Frankreich 10 000.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 19. Juni. (Funkpr.) Schlusssnotierungen: Weizen: Juli 156,25; Sept. 155,375; Dez. 156,25; Febr. 157; Mais: Juli 110,125; Sept. 110,875; Dez. 90,875; Febr. 90,875; Hafer: Juli 50,25; Sept. 51,125; Dez. 53,75; Febr. 53,75; Roggen: Juli 107,875; Sept. 109,125; Dez. 111,5; Febr. 111,5.

Gehilfin

Aus der Heimat.

Bocholt, den 20. Juni 1920.

1. Hagelfest. Wie alljährlich am zweiten Sonntage nach Fronleichnam, so zieht auch morgen wieder die alljährliche Hagelprozession den gewohnten Weg, der früher ganz durch die Felder ging, während jetzt das Gebiet im Westen und Norden der Stadt schon ziemlich bebaut ist. Sie will des Himmels Segen ersuchen für eine günstige Witterung u. ein gutes Gedeihen der Feldfrüchte. Die Prozessionsordnung ist aus den kirchlichen Nachrichten zu ersehen. Auch in den Pfarzgemeinden der Umgebung findet an demselben Tage eine Feldprozession statt.

2. 31. die katholische Kirche und ihre Organisation kulturell. Auf Veranlassung des R. R. B. „Westfalia“ wird Herr Studienrat Herweg-Greifeld am kommenden Mittwoch, Abends 8.30 Uhr, im Gesellschaftshaus über obiges Thema sprechen. Bei den auch heute noch so umstrittenen Begriffen des Inhalts und der letzten Grundlagen der Kultur, der Stellung der katholischen Kirche zur Gesamtkultur und des Einflusses ihrer Organisation auf die verschiedensten Teilgebiete der Kultur darf der Vortrag des allgemeinen Interesses gewiß sein. Die Persönlichkeit des Redners, der ja in Bocholt bekannt ist, gibt die Gewähr dafür, daß das Thema eine sachverständige, lehrreiche und interessante Behandlung findet. Daher möge der Abend recht zahlreichen Besuch finden. Außer den Mitgliedern mit ihren Damen sind auch alle Freunde und Gönner des Vereins eingeladen.

3. Witterungsänderung. Das trockene, heiße Wetter ist ziemlich unermittelt von einer nasskalten Witterung abgelöst worden. Bei ziemlich niedriger Temperatur bleibt der Himmel bewölkt, während von Zeit zu Zeit ein feiner Staubregen fällt. Das Wachstum der Feld- und Gartenfrüchte hat durch die geringen Niederschläge noch keine nennenswerte Förderung erfahren. Es fehlt uns immer noch sehr viel Regen, bei dem es aber etwas wärmer bleiben müßte.

4. Wochenmarkt. Auf dem gestrigen Wochenmarkt machte sich eine starke Zufuhr von jungem Gemüse, auch aus Holland bemerkbar. Die einzelnen Produkte fanden zum größten Teil schnellen Absatz. Auf dem Grünmarkt waren aufgestellt: 68 Gemüse, 7 Kartoffeln und 3 Blumenstände. Folgende Preise wurden gezahlt: Salat pro Kopf 10 Pfg., Zwiebeln pro Pfund 15 Pfg., Gurken 50 Pfg., Spargel 1,00 Mark, Erbsen 60—80 Pfg., gr. Bohnen 25 Pfg., Möhren pro Pfund 15—20 Pfg., Tomaten 1,20 Mark, Blumenkohl 50 Pfg., Wirsing 25 Pfg., Rappspitzpflanzen 100 Stück 60 Pfg., Kohlpflanzen 100 Stück 50 Pfg., Kohlrabipflanzen 100 Stück 1,00 Mark. — Der Eier- und Buttermarkt wies 52 Eier und 21 Butterstücke auf. Eier kosteten pro Stück 13—14 Pfg., Butter pro Pfund 1,80 und 1,80 Mark. Auf dem Ostermarkt standen 6 Käse, 3 Fleischstände und ein Stand mit Geflügel. Für Käse wurde gezahlt: Hief. vollf. Käse pro Pfund 1,40; 1,80; 1,00 Mark; halbfett 80 und 75 Pfg.; holl. vollfett 1,20; 1,20; 1,00 Mark; holl. halbfett 40—50 Pfg. Rindfleisch kostete pro Pfund 1,00—1,30 Mark, Schweinefleisch 0,80—1,20 Mark.

5. Brand. Gestern Nachmittag kurz nach 4 Uhr stieg plötzlich das Heulen der Feueralarm sirene durch die Stadt. In der Ruhwollfabrik M. Oßberg, Viktoriastraße, war ein Haufen Abfallbaumwolle in Brand geraten. Das Feuer konnte vom Personal gelöscht werden, so daß die Feuerwehr, die sehr schnell zur Stelle war, nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

6. Postankommen. Die am 18. Juni eingetretene Späterlegung des Zuges 987 von Wesel, der jetzt erst um 8.30 Uhr in Bocholt einläuft, bringt eine wesentliche Verzögerung in der Zustellung der Morgenpost mit sich. Während im inneren Stadtbezirk (vier Reviere) die erste Zustellung um 8.30 Uhr vorm. und die zweite Zustellung um 11 Uhr angetreten wird, muß die Vormittagszustellung für den äußeren Stadtbezirk (sechs Reviere) um 1/2 Stunden (auf 9.30 Uhr) hinausgeschoben werden.

7. Straßenausbesserung. Am Neutor werden augenblicklich Straßenausbesserungsarbeiten vorgenommen. Der Bürgersteig an der Kaiser Wilhelm-Straße, der sehr viele schadhafte Stellen aufwies, erhält einen neuen Asphaltbelag. In diesem Zusammenhang darf wohl darauf hingewiesen werden, daß auf dem Gebiete des Straßenbaues in Bocholt noch Vieles im Argen liegt. So schön und vorbildlich das Straßennetz im Stadtkern sich repräsentiert, ebenso ungesund und unangenehm wirkt der Zustand verschiedener Straßen an der Peripherie der Stadt, deren garricht oder nur mangelhaft gepflasterte Fahrbahn sich schon nach einigen Regentagen in einen Sumpf verwandelt, während sich bei längerer Trockenheit Staubmassen ansammeln, denen der städtische Sprengwagen nur wenig anhaben kann. Das wird umso schlimmer, je mehr der Fußverkehrs- und Kraftwagenverkehr zunimmt. Es ist bekannt, daß zur Umleitung dieses Verkehrs der Ausbau verschiedener Straßen geplant ist. Von dem Projekt, das so bald wie möglich zur Durchführung gelangen wird, darf sicher manche Verbesserung erwartet werden. Daneben gibt es aber eine Reihe von Straßen, für die dieses Projekt nicht in Frage kommt, die dringend der Kanalisation und der Befestigung bedürfen. Es wird wohl noch manche Zeit vergehen, bis hier alle Erwartungen erfüllt sind, zumal im Laufe der nächsten Jahre viele neu angelegte Straßen nach Fertigstellung der anliegenden Wohnungen ausgebaut werden müssen.

8. Sachbeschädigung. Im Stadtteil Petersfeld kam es zwischen Familienangehörigen zu unliebsamen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf einer von den Streitenden das Dach des Wohnhauses durch Reißhiebe beschädigte. Es wurde Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet.

9. Großes Musikfest in Winterswyl. Am 26., 27. und 28. Juni findet in Winterswyl ein großes Musikfest statt. Die bedeutendsten Musikvereine Hollands werden sich zum Wettstreit einfinden. Große Konzerte sowie Festzüge aller teilnehmenden Vereine durch die Stadt sind geplant. Gleichzeitig ist Sommerfest mit prachtvollem Vergnügungspark, jeden Abend Ball. Auf Grund der Eintrittskarten, die in Bocholt bei Frau Marie Overhage und Herrn Peter Morn, Hotel zur Post, zu haben sind, (Freitags 90 Pfg. Samstags und Sonntags 70 Pfg.) ist der Grenzübergang frei. Vorausichtlich wird Abends 11.15 Uhr ein Extrazug Winterswyl—Groß-Burlo—Borfen—Bocholt fahren. Deutsches Geld wird am Festplatze eingewechselt. (Siehe Inserat).

10. Unterweisungen in der Obst- und Gemüseverwertung. Die diesjährigen Vorträge und Unterweisungen in der Obst- und Gemüseverwertung sind an folgenden Tagen und Orten vorgesehen: Warbringholt, am 1. Juli; Treffpunkt nachm. 6 Uhr an der Schule; in Bocholt am 2. Juli; Treffpunkt nachm. 5 Uhr im Gesellschaftshaus; in Liebern am 3. Juli; Treffpunkt vorm. 9 Uhr in der Schule; in Anholt am 6. Juli; Treffpunkt nachm. 6.15 Uhr in der

Schule; in Rheedebrügge am 7. Juli; Treffpunkt nachm. 3 Uhr in der Schule. Im Vortrag werden die jetzt für unsere Ernährung und den Haushalt in erster Linie geeigneten Verwertungsweisen für Obst und Gemüse erklärt und auf die Hilfsmittel und einfachsten Einmacheweisen aufmerksam gemacht. Die Teilnahme ist kostenfrei, sie liegt im Interesse jeder Hausfrau und jeder Familie; auch die Mädchen der oberen Schulklassen sollten unter der Leitung der Lehrerinnen teilnehmen. Gerade für den kommenden Winter sollte Obst und Gemüse, im eigenen Garten herangewachsen oder auf dem Markt erstanden, in einfachster Weise haltbar gemacht werden, damit Abwechslung in der Ernährung geschaffen, dem Obst- und Gemüseangel in der Winterzeit und dem Verderb des frischen Obstes und der Gemüse vorgebeugt wird. Auch naheliegende Fragen aus der Bewirtschaftung des Obst- und Gemüsegartens werden behandelt.

11. Herrest-Dorsten, 19. Juni. Unfall im Bergbau. Am Donnerstag Morgen erlitt auf einer hiesigen Schachtanlage ein Bergmann bei Ausübung seiner Berufsarbeit einen schweren Unfall dadurch, daß er unter herabfallende Gesteinsmassen geriet und ihm beide Füße gequetscht wurden.

Bade nur mit Gas



rasch, sauber, billig.

Aus dem Kreile Rees.

12. Jfelburg, 19. Juni. Errichtung eines Kriegerdenkmals. Am Donnerstag Abend fand in der Kaiserhalle eine von der Stadtverwaltung einberufene öffentliche Versammlung der Bürgerstadt statt, die sich mit der Frage der Auswahl eines geeigneten Platzes für die Errichtung eines Ehrenmals für die gefallenen Krieger der Stadt beschäftigte. Herr Bürgermeister Brand leitete die Versammlung, die leider nicht den gewünschten Besuch aufwies, und bat die Anwesenden in Rücksicht auf den ersten zur Erörterung stehenden Gegenstand um eine ruhige und sachliche Aussprache. Es zeigte sich zunächst, daß als Denkmalsstätte entweder der Marktplatz oder der alte Friedhof in Frage kommt. An Hand einer Skizze und eines Modells erläuterte Herr Ingenieur Gohlisch die von ihm gedachte Ausführung eines aus dem alten Friedhof zu errichtenden Gedenksteines. Der ungefähr 40 Quadratmeter umfassende Friedhof, der als Totenhain gedacht wird, soll zur Neustrasse hin durch eine neue Einfriedigung abgeschlossen werden. Unter den in der Mitte des Haines aufragenden hohen Bäumen würde das Monument errichtet werden, bestehend aus einem Sockel von drei Meter Breite und einem halben Meter Höhe, der einen tubulösen Steinblock von 1,50 Meter Größe trägt. Auf diesem Block, der als Sinnbild eines Massengraves gedacht ist, ruht eine in Kupfer getriebene Kugel von 0,70 Meter Durchmesser. Um die Kugel, auf der im Hochrelief Europa getrieben ist, schlingt sich eine Schlange, die mit ihrem Körper die ehemals feindlichen Länder umschließt. Hierdurch soll symbolisch die Falschheit andeuten werden, die den Krieg gegen Deutschland anzettelte und schließlich Deutschland zerstörte. Eine Tafel auf der Vorderseite des Blockes trägt die Widmung der Stadt Jfelburg: Ihren Söhnen, die im Kampfe für Deutschland unbefleigt auf fremder Erde fielen, schuf dieses Mal die dankbare Stadt Jfelburg, 1914—1918. Wanderer gedente dieser Toten in Ehrfurcht! Die beiden Seitenflächen sollen Tafeln mit den Namen der gefallenen Helden tragen. Die Kosten für die Ausführung dieses Projekts werden sich auf etwa 2000 Mark belaufen. Nach Erörterung des Planes, der bei einem großen Teil der Versammlung sofort Anklang fand, wurde von anderer Seite der Marktplatz als Denkmalsstätte vorgeschlagen, weil der Friedhof so weit von der Straße läge, daß er nicht genügend Beachtung fände. Schließlich wurden noch Stimmen laut, die den Part des Herrn Generalmajors Febr. von Willhausen und den des Herrn Faktors Südmeyer empfahlen. Nachdem ein Antrag eingegangen war, eine Abordnung zu diesen beiden Herren zu schicken, die über Bereitstellung der in Frage kommenden Plätze verhandeln solle, wurde eine Kommission von drei Herren unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters gewählt. Am auch dann, wenn diese Kommission in beiden Fällen abschlägige Antworten erhält, die Denkmalsfrage lösen zu können, wurde eine Abstimmung über die beiden Projekte — Friedhof und Markt — vorgenommen. Nachdem der Vors. auf die Bedeutung hingewiesen, die der Abstimmung zukomme, als Grundlage für ein Werk, das Jahrhunderte überdauern solle, entschied sich die Versammlung mit großer Mehrheit für den Friedhof als Denkmalsplatz. — Es bleibt nun abzuwarten, welches Ergebnis die Verhandlungen der Kommission bezüglich des dritten in Frage kommenden Platzes haben werden. Jedenfalls wird die Ausführung des Gohlisch'schen Projektes der Stadt Jfelburg ein würdiges Ehrenmal für ihre gefallenen Söhne schenken, das den kommenden Generationen in wichtiger, einbringlicher Sprache von Deutschlands Heldenkampf künden wird.

13. Wertherbruch, 19. Juni. Schützenfest. An den Kirmestagen, am Mittwoch, den 24. und Donnerstag, den 25. d. Mts., feiert der Junggesellen-Schützenverein sein diesjähriges Stiftungsfest. Am Mittwoch soll vor dem Königshäuschen eine Ehrung der gefallenen Helden stattfinden. Im Uebrigen wird das Fest in altgewohnter Weise begangen werden.

14. Millingen, 19. Juni. Schützenfest. Am Sonntag und Montag feiert der Millinger Schützenverein sein diesjähriges Schützenfest. Das Millinger Schützenfest, das schon seit mehr als 300 Jahren gefeiert wird, erfreut sich in der ganzen Umgegend großer Beliebtheit. Es wird, vorausgesetzt, daß das Wetter günstig ist, auch in diesem Jahre seine alte Anziehungskraft

ausüben. Das Doppelstern des Herrn Büßing-Heldern ist bereits aufgezogen, ebenso ist schon ein Sirkus angelangt, der sicher viel Abwechslung bringen wird.

15. Rees, 19. Juni. Kraftpostverbindung Reeserschanz-Reveler. Eine gute Kraftpostverbindung ist zwischen Reeserschanz und Reveler eingerichtet worden. Abfahrt von Reeserschanz 10.35 Uhr vorm., ab Calcar 12.15 Uhr, an Reveler 1.35 Uhr. Rückfahrt: ab Reveler 10.15 Uhr vorm. und 3.07 Uhr nachm., ab Calcar 1.35 und 5.40 Uhr, an Reeserschanz 2.30 und 6.15 Uhr.

Turnen, Sport und Spiel.

16. R. Olympia. Abends meist ein Vertreter der Essener A-Klasse am kommenden Sonntag bei den Olympianern zu Gast. Es ist die 1. Elf vom Ballspielverein 1916 Katernberg. Der Verein stellt eine der spielfähigsten Mannschaften des Essener Bezirks. Selbst die vor kurzem bei den Olympianern weilenden 1918'er aus Altenessen, gegen den die Einheimischen mit 3:2 unterlagen, mußten sich von den Ballspielern aus Katernberg in den Meisterkampfschlägen schlagen lassen. Die Elf steht an zweiter Stelle in der Tabelle. Bereits im Vorjahre weilten die Katernberger bei den Olympianern. Ob sie aber wie im Vorjahre mit einem 2:0-Siege die Heimreise antreten können, wird sehr fraglich sein. Die Einheimischen treten in starker Aufstellung an: Wölsing, Steenbed, Kitzhaus, Riehhaus, Romberg, Götting, Demmer, Götting, Supplies, Wehning, Joormann 2. Anfang des Spieles punkt 4 Uhr. Die 2. und 3. Mannschaft fährt am Sonntag zum Spiel- und Sportverein Rheide und spielt gegen deren 1. bzw. 2. Mannschaft. Die 3. Mannschaft spielt um 1.30 Uhr. Treffpunkt 12.30 Uhr bei Anschlag. Aufstellung ist folgende: Schelling, Elder, Kampshoff 3, Wackerkamp, Cohen, Weder 1, Weder 2, Terhagen; Demmer; Joormann 2, Wehning. Die 2. Mannschaft spielt um 3.30 Uhr. Treffpunkt 2.30 Uhr bei Anschlag. Aufstellung: van Deyn, Schneiders, Schwetling, Kampshoff 2, Kampshoff 1, Seifens, Güte Rolfs, Wehning 2; Schlichte Heimgelmann.

17. R. V. „Westfalia“ Am kommenden Sonntag, den 21. Juni, gelangt auf der Strecke Bocholt—Dingden—Ringenberg—Dülmen—Berth—Bocholt, die zweimal zu fahren ist (66 Kilometer), der dritte Lauf der Vereinsmeisterschaft des R. V. „Westfalia“ zum Austrag. Die besten Fahrer des Vereins haben ihre Meldung abgegeben, so u. a. Eiderberg, Büßing, Meriens, Burian, Weß, Seebing. Der Start erfolgt pünktlich um 2.30 Uhr am Vereinslokal B. Großfabel, Sachfenstraße. Ziel ist ebenfalls dort. Die ersten Fahrer werden gegen 4.45 zurückermartet. Anschließend findet im Vereinslokal Großfabel die Siegesfeier statt, verbunden mit Tanztränzchen. Aug.

18. Bocholter Wasserportverein 1920. Wir erinnern hiermit nochmals die Bocholter Schwimmwelt an das am Sonntag, den 28. Juni stattfindende Schwimmen „Quer durch Bocholt“ (1800 Meter). Der Meldefluß ist auf den 24. Juni festgelegt worden. Zur Teilnahme ist jeder Schwimmer berechtigt, der seinen Wohnsitz seit vier Wochen in Bocholt hat. Meldungen sind an den B. V. B. 20 e. V. zu richten und schriftlich in den Vereinsbriefkasten bei Langenhoff abzugeben. Diejenigen, welche sich zur Teilnahme am Schwimmen um die Stadtmeisterschaft gemeldet haben, brauchen sich nicht außerdem noch für das Propagandaschwimmen zu melden. Hoffentlich besetzt „Neptun“ der Veranstaltung tagenden Sonnenschein, damit eine musterhafte Abwicklung möglich ist.

19. Radrennbahn Rheide. Am Sonntag, den 28. Juni d. Js. finden in Rheide wiederum Radrennen statt. Der Radfahrer-Verein „Central“ wird mit einem glänzenden Programm aufwarten. Wie wir erfahren ist die Auslese der deutschen Amateure für die Veranstaltung gewonnen worden. U. a. starten die Mannschaften: Benninghoff—Göbel, Dortmund; Giesberts—Lantes, Crefeld; Henkel—Bremer, Bochum; Limberg—Halkan, Gladbeck; Dombach—Seefah, Köln; Franzen—Engel, Köln; Schorn—Schlinger, Köln; Bollmering—Verlängs, Bocholt-Dinslaken; Eit—Hübbers, Bocholt; Kempes—Zimmermann, Bocholt. Alle Freunde und Anhänger des Sports wollen sich deshalb den 28. Juni für den Besuch der Bahnrennen in Rheide reservieren. Da mit einem Massenbesuch zu rechnen sein wird, wäre es rathsam, wenn der veranstaltende Verein Karten-Vorverkaufsstellen einrichten würde. — Näheres über das Programm selbst, sowie über Ausichten der Fahrer auf Sieg und Platz, werden wir in den nächsten Tagen berichten.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempes, Bocholt.

Rotwein-Rezept für 25 Liter.

Im Vorjahr stellte ich mir nach den Angaben des neuen Weinbuchs, das ich zufällig in einer Drogerie erhielt, aus Sauertrichsen 5 Liter Rotwein her, der so köstlich war, daß ich ihn in diesem Jahr in größerer Menge herstellen will. Jeder meiner Freunde trank ihn für echt französischen Rotwein, keiner wollte es glauben, daß ich ihn selbst und dazu aus Sauertrichsen gemacht hätte. Da die Kirchenernte jetzt bald beginnt, will ich das Rezept nachliehend bekannt geben. Sie sollen sich ausrechnen, daß eine ganze Flasche guter Rotwein höchstens 20 Pfg. kostet, wenn Sie die Kirchschen kaufen müssen:

25 Pfund Sauertrichsen mit Steinen werden unzerquetscht mit 15 Liter tochenem Wasser in einem Steinguttopf übergossen. Nach dem Abkühlen gibt man ein Päckchen Bierka-Bordeauhefe hinzu (in Apotheken und Drogerien zu erhalten), verdeckt gut und läßt 24 Stunden stehen. Dann kocht man 7 1/2 Pfund Zucker mit 5 Liter Wasser klar, läßt abkühlen, gießt die erkaltete Lösung zu dem Kirchschenansatz und läßt wieder 24 Stunden stehen. Darauf gießt man durch ein Seinentuch, ohne aber zu drücken, füllt die Flüssigkeit in einen 25-Liter-Ballon und gibt so viel Wasser hinzu, daß es 25 Liter sind. Der Wein ist unter Gärverschluss in 14 Tagen bis drei Wochen fix und fertig! (Will man probeweise nur 5 Liter Rotwein machen, so nimmt man von allen Zutaten den fünften Teil (von der Bierkahefe aber muß man immer ein ganzes Päckchen nehmen). Die übrigbleibenden Kirchschen werden teilweise zu Kirchsuppe und Kirchschnitten verwendet, teilweise kocht man sie mit Zucker ein. Im letzteren Fall ergeben sie noch ein tadelloses Kompott, das ähnlich einem solchen aus Süßkirchschen bereitet schmeckt und ausreicht, da ja doch der Hauptteil der Säure und Farbe in dem Rotwein ist. Während man andere Weine, z. B. aus Feigen, Rosinen, Apfeln, das ganze Jahr mit Wertpapieren bereiten kann, ist dieser Rotwein ja nur zur Zeit der Reife der Sauertrichsen herzustellen. Hoffentlich erscheint mein Rezept daher noch rechtzeitig genug, damit Sie es noch in diesem Jahre probieren.

Frau Lotte Krause.